LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN
8. Wahlperiode

Enquete-Kommission
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

Kommissionsdrucksache
8/216
10. November 2025

INHALT:

Stellungnahme

Landesschülerrat M-V

zum Thema

„Auswirkungen und Bekämpfung von Corona-Folgen“

PE 1
10. Nov. 2025
307, Ekl

Landesschülerrat M-V · Werderstraße 124 · 19055 Schwerin

Vorsitzender: Felix Wizowsky
Tel.: +49 1522 1975786
Tel. Geschäftsstelle: +49 177 4296920
mail@landesschuelerrat-mv.de

LSR
LANDESSCHÜLERRAT
MECKLENBURG-VORPOMMERN

Antworten des Landesschülerrates für den Fragenkatalog der Enquete-Kommission

Vorwort:

Sehr geehrte Mitglieder der Enquete-Kommission,

die Corona-Pandemie hat tiefgreifende Spuren in unserer Gesellschaft hinterlassen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Aus Sicht des Landesschülerrates wurden ihre Bedürfnisse und Belastungen in der politischen Krisenbewältigung nicht ausreichend berücksichtigt. Die Folgen zeigen sich bis heute in erheblichen psychischen Belastungen und einer nachhaltigen Beeinträchtigung der jungen Generation.

Eine ehrliche und transparente Aufarbeitung dieser Phase ist daher dringend notwendig, um die entstandenen Schäden zu verstehen und wirksame Strategien für die Zukunft zu entwickeln. Es ist bedauerlich, dass eine umfassende politische Auseinandersetzung mit den Versäumnissen erst mehrere Jahre nach der Pandemie stattfindet. Aus unserer Sicht kommt dieser Zeitpunkt zu spät, um alle Folgen noch vollständig aufzuarbeiten. Dennoch ist es wichtig, jetzt Verantwortung zu übernehmen und aus den Erfahrungen zu lernen.

Der Fokus muss darauf liegen, weiteren Schaden zu vermeiden und Kinder sowie Jugendliche dabei zu unterstützen, wieder Stabilität, Lebensqualität und Zuversicht zu gewinnen. Dass derzeit rund 27 Prozent der Jugendlichen ihre Lebensqualität als gering einschätzen, zeigt den Handlungsbedarf deutlich.

Zugleich erwarten wir von der Politik, dass sie sich nachhaltig und strukturiert auf künftige Krisen vorbereitet. Unsere Vorschläge dazu werden im Rahmen der Beantwortung der Fragen der Enquete Kommission „Jung sein in MV" ausführlich dargestellt.

Landesschülerrat M-V · Werderstraße 124 · 19055 Schwerin

Vorsitzender: Felix Wizowsky
Tel.: +49 1522 1975786
Tel. Geschäftsstelle: +49 177 4296920
mail@landesschuelerrat-mv.de

LANDESSCHÜLERRAT
MECKLENBURG-VORPOMMERN

Antworten des Landesschülerrates für den Fragenkatalog der Enquete-Kommission

Vorwort:

Sehr geehrte Mitglieder der Enquete-Kommission,

die Corona-Pandemie hat tiefgreifende Spuren in unserer Gesellschaft hinterlassen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Aus Sicht des Landesschülerrates wurden ihre Bedürfnisse und Belastungen in der politischen Krisenbewältigung nicht ausreichend berücksichtigt. Die Folgen zeigen sich bis heute in erheblichen psychischen Belastungen und einer nachhaltigen Beeinträchtigung der jungen Generation.

Eine ehrliche und transparente Aufarbeitung dieser Phase ist daher dringend notwendig, um die entstandenen Schäden zu verstehen und wirksame Strategien für die Zukunft zu entwickeln. Es ist bedauerlich, dass eine umfassende politische Auseinandersetzung mit den Versäumnissen erst mehrere Jahre nach der Pandemie stattfindet. Aus unserer Sicht kommt dieser Zeitpunkt zu spät, um alle Folgen noch vollständig aufzuarbeiten. Dennoch ist es wichtig, jetzt Verantwortung zu übernehmen und aus den Erfahrungen zu lernen.

Der Fokus muss darauf liegen, weiteren Schaden zu vermeiden und Kinder sowie Jugendliche dabei zu unterstützen, wieder Stabilität, Lebensqualität und Zuversicht zu gewinnen. Dass derzeit rund 27 Prozent der Jugendlichen ihre Lebensqualität als gering einschätzen, zeigt den Handlungsbedarf deutlich.

Zugleich erwarten wir von der Politik, dass sie sich nachhaltig und strukturiert auf künftige Krisen vorbereitet. Unsere Vorschläge dazu werden im Rahmen der Beantwortung der Fragen der Enquete Kommission „Jung sein in MV" ausführlich dargestellt.

4.) Inwiefern traf die Corona-Pandemie die verschiedenen Alterskohorten junger Menschen auch nach Elterneinkommen, Herkunft, Gender und Lebensort unterschiedlich, und inwiefern erreichten auch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Folgen diese Gruppen unterschiedlich gut? Wie haben Kinder und Jugendliche Corona erlebt?

Der Landesschülerrat ist der Auffassung, dass die Corona-Pandemie Kinder und Jugendliche in sehr unterschiedlicher Weise getroffen hat. Besonders deutlich zeigen sich die Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen, sozialen Hintergründen und Wohnsituationen.

Jüngere Kinder konnten während der Pandemie soziale Kompetenzen kaum oder gar nicht entwickeln, da persönliche Begegnungen und gemeinsames Lernen über längere Zeit hinweg ausfielen. Ältere Kinder und Jugendliche wiederum litten stark darunter, ihre gewohnten sozialen Kontakte, Freizeitaktivitäten und Kommunikationsformen nicht mehr ausleben zu können. Diese Einschränkungen führten zu unterschiedlichen psychischen Belastungen und kritischen Folgewirkungen, die bis heute spürbar sind.

Zudem zeigte sich, dass das Elterneinkommen einen erheblichen Einfluss auf den Bildungserfolg hatte. Schülerinnen und Schüler aus sozial und finanziell besser gestellten Haushalten konnten den Unterrichtsstoff im Distanzlernen nachweislich besser aufnehmen und verarbeiten, meist aufgrund besserer technischer Ausstattung, stabiler Internetverbindungen und elterlicher Unterstützung. Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Familien waren hingegen häufig von mangelnder digitaler Infrastruktur betroffen und hatten dadurch deutlich schlechtere Lernbedingungen. Dies offenbart ein strukturelles Versagen der Bildungspolitik und stellt einen klaren Bruch mit dem Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit dar.

Auch die sprachliche Herkunft spielte eine wichtige Rolle: Kinder und Jugendliche mit Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache hatten oftmals kaum Möglichkeiten, dem Unterricht zu folgen, nicht zuletzt wegen fehlender fachlich qualifizierter Unterstützung.

Darüber hinaus waren städtische Regionen stärker von den Einschränkungen betroffen als ländliche Gebiete. Viele Kinder und Jugendliche in Städten hatten keinen Zugang zu Grünflächen oder Freizeitmöglichkeiten „vor der Haustür“.

In einer Demokratie müssen junge Menschen die Chance haben, eigene Erfahrungen zu sammeln und soziale Räume zu gestalten. Während der Pandemie war dies kaum möglich. Diese Einschränkung der Lebenswelt junger Menschen hat langfristige Auswirkungen auf ihr soziales Lernen und ihr Vertrauen in gesellschaftliche Strukturen.

13.) Gab es Bildungsnachteile und konnten diese aufgeholt werden? In welcher Form?

Der Landesschülerrat stellt fest, dass insbesondere Schülerinnen und Schüler der Abschlussjahrgänge durch den Distanzunterricht während der Pandemie erhebliche Bildungsnachteile erlitten haben. Dabei entstanden Lernlücken, die sich in unterschiedlichem Maße bemerkbar machten. Bildungsgerechtigkeit ist hierbei das zentrale Stichwort. Nachweislich konnten Schülerinnen und Schüler aus sozioökonomisch besser gestellten Haushalten den Unterrichtsstoff im Distanzunterricht deutlich besser aufnehmen als Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen.

Dies stellt aus unserer Sicht ein deutliches Versagen im Bereich der Bildungsgerechtigkeit dar. Das Aufholen dieser Defizite hätte unmittelbar nach der Pandemie beginnen müssen, um eine qualitativ hochwertige Aufarbeitung sicherzustellen. Wir sehen das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Verantwortung, diese Versäumnisse anzuerkennen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Da der Distanzunterricht mittlerweile längere Zeit zurückliegt, sehen wir aktuell kaum Möglichkeiten, die entstandenen Lücken vollständig zu schließen. Umso wichtiger ist es, aus den gemachten Erfahrungen zu lernen und sich besser auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten. Das Land sollte deshalb Maßnahmen ergreifen, um digitale Strukturen, insbesondere im ländlichen Raum, weiter auszubauen. Dabei muss sichergestellt werden, dass jede Schülerin und jeder Schüler Zugang zu einem digitalen Endgerät sowie die notwendigen digitalen Kompetenzen erhält.

Im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) sehen wir darüber hinaus enorme Potenziale, diese sinnvoll in den Distanzunterricht zu integrieren. KI kann helfen, Klärungsprozesse zu individualisieren und Lerninhalte anschaulicher zu vermitteln, um somit Unterricht und Chancengleichheit langfristig zu verbessern.

20.) Welche Erkenntnisse bestehen über die Folgen der sozialen Isolation in Hinblick auf den monatelangen Distanzunterricht?

Aktuelle Studien, wie etwa der Bildungsmonitor, zeigen deutlich, dass rund 20 Prozent der Schülerinnen und Schülerunter psychischen Belastungen leiden, mit wesentlichen Ursachen, die auf die Corona-Pandemie und ihre Folgen zurückzuführen sind. Darüber hinaus gaben etwa 27 Prozent der Befragten an, ihre Lebensqualität als gering wahrzunehmen.

In dieser Zeit gingen wichtige soziale Kompetenzen vieler Kinder und Jugendlicher verloren. Soziale Medien, die während des Distanzunterrichts oft das einzige Mittel zur sozialen Interaktion waren, entwickelten sich zunehmend zu einem Risikofaktor. Extremistische Kräfte nutzten diese Plattformen gezielt, um junge Menschen zu beeinflussen und zu manipulieren.

Damit wurde Social Media von einem Raum des Austauschs immer stärker zu einer Gefahr für die seelische Stabilität und demokratische Bildung.

Hinzu kommen aktuelle globale Krisen, darunter der Krieg in Europa, eskalierende Konflikte im Nahen Osten sowie die fortschreitende Klimakatastrophe, die die psychische Gesundheit junger Menschen zusätzlich stark belasten. Diese Vielzahl an Krisen führt zu einer anhaltenden Überforderung, die sich sowohl auf das individuelle Wohlbefinden als auch auf die gesellschaftliche Resilienz negativ auswirkt.

21.) Mit welchen Inhalten sollten Lehrkräfte Weiterbildungen und Kompetenztrainings erhalten, um krisenfest zu sein?

Aus Sicht des Landesschülerrates hat die Corona-Pandemie deutlich gezeigt, wie zentral digitale Kompetenz und pädagogische Flexibilität für den Bildungserfolg sind. Der Distanzunterricht machte sichtbar, dass viele Lehrkräfte nicht ausreichend auf den digitalen Unterricht vorbereitet waren und dadurch Lernprozesse erheblich erschwert wurden.

Wir fordern daher verpflichtende schulinterne Fortbildungen im Bereich der digitalen Bildung und Medienkompetenz für alle Lehrkräfte. Diese Fortbildungen müssen praxisnah, niedrigschwellig und ohne bürokratische Hürden zugänglich sein. Dabei ist eine finanzielle Unterstützung ebenso notwendig wie regionale Angebote vor Ort, um allen Schulen, insbesondere im ländlichen Raum, eine gleichwertige Qualifizierung zu ermöglichen.

Ziel muss es sein, Lehrkräfte nicht nur technisch zu schulen, sondern sie auch darin zu befähigen, digitale Werkzeuge zielgerichtet, kreativ und pädagogisch sinnvoll einzusetzen. Durch eine stärkere digitale Bildung können Schulen krisenfester werden und in zukünftigen Ausnahmesituationen, wie Pandemien oder anderen gesellschaftlichen Krisen, den Unterricht verlässlich und qualitativ hochwertig fortsetzen.

Langfristig braucht es eine Verknüpfung von Ausstattung und Kompetenz. Nur wenn funktionierende digitale Endgeräte mit einem fundierten Verständnis ihrer didaktischen Nutzung zusammenkommen, kann echte digitale Bildungsgerechtigkeit entstehen.

29.) Wie können junge Menschen künftig aktiv und verbindlich in politische Entscheidungen eingebunden werden, insbesondere wenn sie von Einschränkungen direkt betroffen sind?

Formate wie Enquetekommissionen sind aus Sicht des Landesschülerrates von herausragender Bedeutung, um Kindern und Jugendlichen eine echte Stimme in politischen Entscheidungsprozessen zu verleihen. Jede Form der Jugendbeteiligung muss daher gezielt

gefördert werden, sowohl finanziell als auch durch den Ausbau von zugänglichen Beratungs- und Kompetenzstrukturen.

Wir sehen die Politik in der Verantwortung, aktiv auf Kinder und Jugendliche zuzugehen, insbesondere dann, wenn diese direkt von politischen Entscheidungen betroffen sind. Das betrifft aktuelle Themen wie etwa die Einschränkungen durch den Distanzunterricht, eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht, ein Verbot von Social Media oder viele weitere gesellschaftlich relevante Debatten.

Zu oft werden Entscheidungen über die Köpfe junger Menschen hinweg getroffen, ohne ihre Perspektiven ausreichend zu berücksichtigen. Dies führt nicht nur zu Politikverdrossenheit, sondern kann – wie die psychischen Langzeitfolgen während der Corona-Pandemie gezeigt haben – auch erhebliche Schäden für die betroffenen Jugendlichen nach sich ziehen.

Eine ernsthafte Beteiligung junger Menschen ist daher kein optionales Zusatzangebot, sondern ein zentraler Bestandteil demokratischer Entscheidungsfindung und gesellschaftlicher Verantwortung.

18.) Welche konkreten Formate der Jugendbeteiligung haben sich in der Pandemie bewährt und wie können diese dauerhaft in politische Prozesse integriert werden? Wie kann die Landespolitik die Infrastruktur für Freizeit, Kultur und Mobilität so stärken, dass junge Menschen – besonders in ländlichen Regionen – echte Teilhabechancen zurückgewinnen?

Auch außerhalb von Krisenzeiten ist der Zugang zu Freizeit-, Kultur- und Mobilitätsangeboten für viele Kinder und Jugendliche stark eingeschränkt. Bereits unter normalen Bedingungen ist es für zahlreiche junge Menschen kaum möglich, an kulturellem Leben, Sport oder gesellschaftlicher Teilhabe aktiv mitzuwirken. Deutlicher wurde dies während der Corona-Pandemie.

Die jüngste Preiserhöhung des Deutschlandtickets verschärft die Situation zusätzlich und erschwert insbesondere einkommensschwachen Familien den Zugang zu Mobilität und Bildungschancen. Gleichzeitig führen Kürzungen im Sozialbereich, vor allem im Bereich Kinder- und Jugendförderung, zu spürbaren Folgen: fehlendes Fachpersonal an Schulen und in der offenen Jugendarbeit, reduzierte Freizeitangebote und ein zunehmendes Gefühl von Perspektivlosigkeit bei jungen Menschen.

Für viele bleibt als Rückzugsraum nur das Internet, das ohne ausreichende Medien- und Digitalkompetenz jedoch erhebliche Risiken birgt. Dies reicht von Desinformation bis hin zu extremistischen Einflüssen.

Wir sehen daher den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns in der Verantwortung, diese Entwicklungen in Haushalts- und Bildungspolitik ausdrücklich zu berücksichtigen. Es darf

nicht an der Zukunft der jungen Generation gespart werden, die bereits heute versucht, die Folgen globaler Krisen und politischer Entscheidungen zu bewältigen.

Zugleich sehen wir auch die Schulen in der Verantwortung, Kinder und Jugendliche gezielt auf kommende Herausforderungen vorzubereiten. Das Land sollte hierzu Projekte, Jugendclubs und vergleichbare Strukturen stärker fördern, die außerschulische Bildung, Begegnung und Beteiligung ermöglichen. Solche Angebote fördern nicht nur soziale Kompetenzen und Gemeinschaftsgefühl, sondern bieten auch eine sinnvolle Alternative zu rein digitalem Freizeitverhalten.

Um dies zu erreichen, braucht es jedoch eine ausreichende finanzielle Unterstützung und die Bereitstellung qualifizierter Fachkräfte, die solche Initiativen professionell begleiten und weiterentwickeln können.

33.) Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendhilfe und Gesundheitsämtern noch effizienter und digitaler organisiert werden, um auf zukünftige Krisen schneller reagieren zu können?

Um auf zukünftige Krisen schneller und gezielter reagieren zu können, muss die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendhilfe und Gesundheitsämtern deutlich effizienter und digitaler gestaltet werden.

Wir sehen die Regierung in der Verantwortung, die bestehenden digitalen Kommunikationssysteme weiter auszubauen und rechtliche Grundlagen zu schaffen, die bürokratische Hürden abbauen. In Krisenzeiten darf wertvolle Zeit nicht durch langwierige Abstimmungsprozesse verloren gehen.

Darüber hinaus müssen standardisierte Krisenpläne entwickelt werden, die schnell abrufbar und einheitlich anwendbar sind. Alle beteiligten Institutionen wie Schulen, Jugendämter, Gesundheitsbehörden und Ministerien sollten genau wissen, welche Schritte in welcher Reihenfolge zu erfolgen haben. Nur so kann eine schnelle, klare und transparente Kommunikation gewährleistet werden, um Missverständnisse und Verzögerungen zu vermeiden.

Langfristig braucht es zudem eine zentrale digitale Plattform, über die Informationen sicher, datenschutzkonform und in Echtzeit ausgetauscht werden können. Eine solche Infrastruktur würde nicht nur im Krisenfall helfen, sondern auch im Alltag die Kooperation zwischen Bildungs-, Jugend- und Gesundheitssektor nachhaltig verbessern.